

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Juni 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 967 Anfrage Widmer Reichlin Gisela und Mit. über die Zusammenarbeit zwischen Hochschule Luzern und Universität Luzern / Bildungs- und Kulturdepartement

Gisela Widmer Reichlin ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Gisela Widmer Reichlin: Die Auflistung in der Antwort der Regierung zeigt diverse Kooperationen im Bereich Weiterbildung, Forschung und Lehre. Auf den ersten Blick ist die Auflistung eindrücklich, dennoch scheint weiteres Potenzial einer gesteuerten Zusammenarbeit brachzuliegen. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit lässt sich noch nicht ganz erkennen. Das Rollenverständnis des Bildungs- und Kulturdepartementes (BKD) gilt es weiter zu klären. Ist die Arbeit des BKD mit der Einberufung zweier jährlicher Sitzungen der Hochschulkoordinationskommission getan? Oder werden weitere Bemühungen seitens des BKD einfach nicht sichtbar? Mit der Gründung der Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie bietet sich eine einmalige Chance. Mit dem Berufungsverfahren für die Besetzung der Professuren können die Weichen gestellt werden. In der Forschung besteht schweizweit eine Konkurrenz um Drittmittel, der sich alle Hochschulen stellen müssen. Die Universität Luzern hat bereits bekannt gegeben, dass ihr drittmittelfinanziertes Forschungslabor, das Behavioral Science Lab, auch den anderen Luzerner Hochschulen und weiteren Interessierten offensteht. Über die gemeinsame Nutzung des Forschungslabors hinaus müssen jedoch zwingend Absprachen zu Forschungsprojekten oder sogar Kooperationsmöglichkeiten geprüft werden. Die wichtigste, institutionalisierte und langfristig gesicherte Austauschplattform ist der Gesundheitscluster Zentralschweiz. Diese soll entsprechend weiter durch das BKD unterstützt werden. Der Regierungsrat sieht im Bereich der Digitalisierung generell Potenzial für eine engere Zusammenarbeit und eine Nutzung von Synergien. Künstliche Intelligenz als Querschnittsthema wird alle Bereiche der Lehre, Forschung und Weiterbildung der höheren Berufs- und Hochschulbildung beeinflussen. Der Kantonsrat hat bei der Beratung des Planungsberichtes über die tertiäre Bildung im Kanton Luzern gefordert, dass eine Strategie zur Zusammenarbeit von Tertiär A und B, also zwischen der höheren Berufsbildung und der Hochschulbildung, erarbeitet wird. Erfreulicherweise wurde dieser Prozess Ende 2022 angestossen. Die weitere Erarbeitung einer Strategie der vertieften Zusammenarbeit sollen die tertiären Bildungseinrichtungen und die Wirtschaft jedoch in Eigenregie organisieren und tragen. Ist das richtig? Ich frage mich schon, ob die Rolle des Kantons wirklich nur darin besteht, den Strategieprozess anzustossen und Resultate einzufordern. Die beteiligten Institutionen sollen sogar die Kosten des Strategieprozesses selber tragen. Der Kanton ist hier sicherlich aufgerufen, den Prozess selber zu steuern und finanziell zu tragen. Kooperationen sind dringlich und wichtig, um die Profilbildung jeder Bildungsinstitution zu stärken. Gute Bildungsinstitutionen mit klaren Profilen stärken den

Kanton als Lebens- und Wirtschaftsort. Die oberste Führung des Prozesses liegt weiter beim Regierungsrat.

Lisa Zanolla: Die Anfrage zielt darauf ab zu eruieren, in welchen Bereichen der Lehre und Forschung eine aktive Zusammenarbeit möglich ist. Für die SVP-Fraktion sind die Fragen korrekt und zufriedenstellend beantwortet. Im Kanton Luzern sind alle drei Hochschulen gesetzlich zur Zusammenarbeit untereinander, mit anderen Hochschulen sowie mit weiteren Institutionen, Organisationen und interessierten Dritten verpflichtet. Dieser Verpflichtung kommen die Luzerner Hochschulen nach. Zwischen ihnen gibt es diverse Kooperationen unterschiedlicher Form und Intensität und auf unterschiedlichen Ebenen. Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort Kooperationsprojekte aller drei Hochschulen in den verschiedenen Fachbereichen und auf unterschiedlichen Ebenen auf, welche die Hochschulen gemeldet haben. Auch zeigt er auf, dass die Frage der Zusammenarbeit differenziert zu betrachten ist. Es erstaunt mich etwas, dass wir über die Anfrage diskutieren, denn die Antwort der Regierung zeigt sehr komplex auf, wie mit der Situation umgegangen wird.

Gaudenz Zemp: Ich gehöre den Beiräten der Hochschulen Luzern Wirtschaft sowie Technik & Architektur an. Zudem engagiere ich mich im Vorstand des Universitätsvereins. Ich kenne also beide Seiten, jene der Universität Luzern und jene der Fachhochschule. Aus dieser Perspektive würde ich sagen, dass die besten Voraussetzungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit komplementäre, sich ergänzende Angebote sind. Wenn die Fachhochschule beispielsweise über keinen Juradozenten verfügt, greift sie gerne auf einen der Universität Luzern zurück. Wenn die Universität Luzern keine Designforscherin hat, nimmt sie gerne eine von der Fachhochschule. Nicht förderlich für die Zusammenarbeit sind aber überlagernde, konkurrenzierende Angebote. Letztlich ist die Förderung der Zusammenarbeit also nicht nur Sache der Hochschulen, sondern auch jene der Regierung und unseres Rates. Wenn wir eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den beiden wollen, müssen wir gezielt ergänzende Entwicklungen anstreben. Gleichzeitig darf man nicht vergessen, dass sich die Universität und die Fachhochschulen im Bildungsmarkt bewusst differenzieren. Eine Universität soll primär eine Forschungsanstalt sein, die nebenbei Lehre anbietet, und eine Fachhochschule soll eine praxisorientierte Lehre anbieten und nebenbei forschen und entwickeln. Man sollte diese Profile nicht zu stark angleichen. Dadurch wird aber auch ihre Zusammenarbeit limitiert. Unter diesem Aspekt hat die Zusammenarbeit einer Universität mit einer Fachhochschule keine sehr hohe Priorität. Wenn schon, müsste die Universität die Zusammenarbeit mit Topuniversitäten aus anderen Städten und Ländern anstreben. Die Fachhochschule sollte mit sehr guten Firmen Kooperationen eingehen. Zudem ist der Hochschulmarkt frei und grenzüberschreitend. Man muss deshalb nicht zwingend mit der Hochschule vor Ort zusammenarbeiten, manchmal macht eine Kooperation mit einer Universität oder einer Fachhochschule aus Berlin oder London mehr Sinn und ist für die Studierenden zum Teil auch attraktiver. Man muss also pragmatisch und zielorientiert optimale Resultate anstreben. Im Bereich der Verwaltung soll man aber auf jeden Fall eine gute Zusammenarbeit suchen. In der Informatik oder bei Personalfragen gibt es Skaleneffekte, die selbstverständlich genutzt werden sollen. Die Regierung hat die Anfrage sehr umfassend beantwortet. Im Allgemeinen sind solche langen Antworten ein Zeichen der Rechtfertigung und der Defensive. Das gilt aus Sicht der FDP-Fraktion aber in diesem Fall weniger für die aktuelle Zusammenarbeit, denn diese ist situationsgerecht organisiert. Hingegen sind aus unseren Augen bezüglich der Zusammenarbeit weder die Gründung der Wirtschaftsfakultät noch jene der Psychologiefakultät sehr sinnvolle Ergänzungen, sondern teilweise konkurrenzierende Angebote. Wenn wir die Zusammenarbeit fördern wollen, müssen wir sie differenziert entwickeln.

Tobias Käch: Die Anfrage wurde sehr ausführlich beantwortet. Mit zahlreichen Beispielen und Hinweisen wird gezeigt, auf welche Art und Weise am Standort Luzern zusammengearbeitet wird. Für die Mitte-Fraktion ist es wichtig, dass die drei Luzerner Hochschulen gut zusammenarbeiten. Wie der Regierungsrat in seiner Antwort schreibt, spüren wir vor allem im Bereich der Lehre eine gute Zusammenarbeit. In den Bereichen Forschung, Weiterbildung und Dienstleistung bewegen sich die drei Hochschulen teilweise am gleichen Ort und werben um die gleichen Drittmittel, also um Gelder aus der Industrie und von Gemeinden oder Privaten, und teilweise auch um die gleichen Personen, die eine solche Weiterbildung besuchen sollen. Diesbezüglich erwarten wir eine bessere Zusammenarbeit.

Rahel Estermann: Die Antwort der Regierung zeigt auf, dass wir im Kanton Luzern und in der gesamten Zentralschweiz einen sehr lebendigen Bildungs- und Forschungsstandort haben. Ich würde mir wünschen, dass wir genauso viel Effort in diesen Standortfaktor setzen würden wie so oft in den Standortfaktor Steuern. Die Grüne Fraktion begrüsst die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und findet, dass der Kanton bei der Koordination der Zusammenarbeit eine Rolle hat. Wir respektieren aber auch die unterschiedliche Ausrichtung und das unterschiedliche Abstraktionsniveau zwischen den Fachhochschulen und der Universität. Deshalb können wir nachvollziehen, dass die Zusammenarbeit nicht in allen Bereichen zielführend ist. Zudem teile ich die Einschätzung von Gaudenz Zemp, dass die Hochschulen sehr offen für Kooperationen mit anderen nationalen und internationalen Institutionen sein müssen. Es erscheint uns wichtig, dass die Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie auch nicht innerhalb der Universität andere Bereiche kannibalisiert, so gibt es beispielsweise Überschneidungen in der Organisationsforschung der Soziologie. Kritisch für die Reputation des Hochschulstandorts Luzern scheinen nicht die mangelnde Kooperation oder Abgrenzungsfragen zwischen den Schulen und den Studiengängen zu sein, sondern die in der Qualität zweifelhaften Institutionen wie das Institut für Wirtschaftspolitik (IWP), die aber unter dem Gütesiegel und der Qualität der Universität Luzern auftreten. Am Bahnhof Luzern gibt es ein paar sehr gute Plakatstandorte, an denen das IWP mit polemischen und verkürzten Einsatzaussagen plakatiert. Das ist für eine vermeintlich wissenschaftliche Institution völlig deplatziert. Dadurch verspielt diese auch etwas die Glaubwürdigkeit der Universität Luzern. Wir sind ebenfalls gespannt, wie sich die neue Organisationsstruktur im BKD auswirken wird. Es gibt ja eine Trennung von Hochschulbildung und Kultur, und die Kultur wird mit einer eigenen Dienststelle gestärkt. Die Hochschulen sind neu direkt Teil des Staates. Unsere klare Erwartung ist, dass sie deswegen sicher nicht an Bedeutung verlieren. Wir unterstützen es, dass die Verwaltung die Hochschulen begleitet und zur Zusammenarbeit motiviert. Wir teilen aber auch die Einschätzung der Rollenverteilung; die Politik und die Verwaltung sollen die Unabhängigkeit der Hochschule respektieren, und die Zusammenarbeit soll bottom-up und nicht top-down erfolgen. Schliesslich liegt es am Schluss bei den Hochschulen, die Schwerpunkte für Lehre und Forschung zu setzen. Wir unterstützen den Hochschulstandort weiterhin und begleiten ihn auch politisch konstruktiv kritisch.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Das Thema der Zusammenarbeit und der Konkurrenz zwischen der Universität Luzern und der Hochschule Luzern bearbeiten wir inzwischen seit Monaten, wenn nicht sogar seit Jahren. Das letzte Mal war es anlässlich der Gründung der Wirtschaftsfakultät und nun wegen der Fakultät Psychologie und Verhaltenswissenschaften. Es stand immer der Vorwurf im Raum, dass die Schulen nicht zusammenarbeiten würden. Ich bin eigentlich ein Fan von kurzen Antworten, aber in diesem Fall waren 12 Seiten notwendig, um Ihnen

aufzuzeigen, wo überall zusammengearbeitet wird. Die Antwort ist keine Rechtfertigung, sondern eine hoffentlich lückenlose und wahrscheinlich nicht ganz lückenlose Aufzählung. Somit sollte das Thema geklärt sein, mindestens jedoch die grundsätzliche Frage, ob die Schulen zusammenarbeiten oder nicht. Zur Frage, ob das BKD diese Koordination übernehmen soll, habe ich eine komplett andere Haltung als Gisela Widmer Reichlin. Ich bin Präsident der drei Schulen, aber ich bin weder Rektor noch Fakultätsmanager, Dekan oder Departementsvorsteher. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit muss dort aufgegleist werden, wo sie stattfindet. Die Koordinationssitzungen des BKD koordinieren, dass diese Sitzungen durchgeführt und Wissenschaft und Lehre aufeinander abgestimmt werden. Das können wir aber nicht einfach von oben herab bestimmen. Insbesondere bei der Hochschule Luzern haben wir eine ganz andere Trägerschaft, das ist nicht einfach nur der Kanton Luzern. Bei den Tertiär-B-Schulen haben wir nicht einfach die Verfügungsgewalt, sondern dahinter stehen auch Organisationen aus der Arbeitswelt und Trägervereinigungen. Es liegt nicht an uns, einfach zu bestimmen, sonst diskutieren wir wieder über die wissenschaftliche Freiheit. Der Entscheid der Zuger Regierung zum Thema Crypto, welche mit der Universität und der Hochschule zusammenarbeitet, ist eine klassische Ergänzung. Bei der Hochschule Luzern geht es um die Technik und bei der Universität Luzern um die Menschen und die Institutionen. Das miteinander zu verbinden, ist brillant. Man kann das Thema Crypto aus verschiedenen Sichtweisen betrachten, und die Schulen ergänzen sich. Es gibt tatsächlich gewisse Überschneidungen, vornehmlich im Weiterbildungsbereich, aber davor gibt es auch keinen Schutz. In der Wirtschaft kann auch nicht einfach ein Gebiet für sich beansprucht werden, sondern es gibt Konkurrenz. Konkurrenz belebt das Geschäft und sorgt für Qualität. Wir sind der Ansicht, dass die Zusammenarbeit gut läuft. Man muss aber auch dafür besorgt sein, dass das so bleibt und eine Abstimmung erfolgt. Die Verantwortung für diese Abstimmung liegt tatsächlich beim BKD. Das Thema IWP gehört zwar nicht zum Postulat, es wurde aber angesprochen. Man kann schon über das IWP herziehen und Kritik üben. Die wissenschaftlichen Arbeiten dieser Kritikerinnen und Kritiker sind auch nicht über alle Zweifel erhaben, und es gibt Personen, bei denen nur der Neid und die Konkurrenz zu spüren sind. Man sollte deshalb nicht vorschnell urteilen.